

**Lübecker Aufruf:**

## **Krieg und Terror gegen Kurden sofort beenden!**

Anlässlich des militärischen Überfalls des türkischen Erdogan-Regimes auf Kurdinnen und Kurden in der syrischen Region Afrin (Rojava) erklären wir, die Unterzeichner\*innen dieses Aufrufs, unsere Solidarität mit allen von der türkischen Aggression betroffenen Menschen.

Der Einmarsch türkischer Truppen in kurdische Gebiete Syriens ist der Beginn eines neuen Kriegs zwischen zwei Staaten im Nahen Osten. Die terroristische Gewalt des Erdogan-Regimes bringt im Schatten des seit vielen Jahren mit massiver ausländischer Unterstützung geführten Bürgerkriegs in Syrien noch mehr Tod und Elend für die dort verbliebenen Menschen.

Doch es geht nicht nur um die Region Afrin (Rojava)! Erdogan treibt seit Jahren systematisch die ganze Region in Bürgerkrieg, Gewalt und Chaos. Ganze Städte wurden in den letzten Jahren von der türkischen Armee in den kurdischen Landesteilen der Türkei zerstört, Hunderttausende haben ihre Heimat verloren, Tausende wurden eingesperrt, misshandelt und getötet. Ein erneuter Völkermord durch türkische Militärs zeichnet sich bereits ab!

Alle diese Verbrechen werden von einem Mitglied der NATO verübt. Dabei kommen vor allem Waffen zum Einsatz, die von deutschen Firmen mit Zustimmung der deutschen Regierung an die Türkei geliefert wurden.

### **Deshalb fordern wir:**

Sofortiger Rückzug der türkischen Armee aus der Region Afrin (Rojava)! Alle Waffenlieferungen an die Türkei und ihre Verbündeten durch deutsche Firmen sind sofort einzustellen! Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen in gleicher Weise tätig werden. Die NATO muss den Überfall auf die Region Afrin (Rojava) unmissverständlich verurteilen und unverzüglich und massiv auf ihren Partner Türkei einwirken, damit dieser sofort seinen Krieg gegen das kurdische Volk beendet.

Es ist Aufgabe der Bundesregierung, dieses in die Wege zu leiten und umzusetzen. Dabei geht es nicht nur um Not und Elend im Nahen Osten, sondern auch um den inneren Frieden in Deutschland mit seinen vielen türkisch- und kurdischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern.

Lübeck, 27.01.2018

